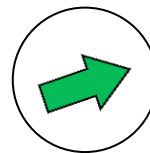
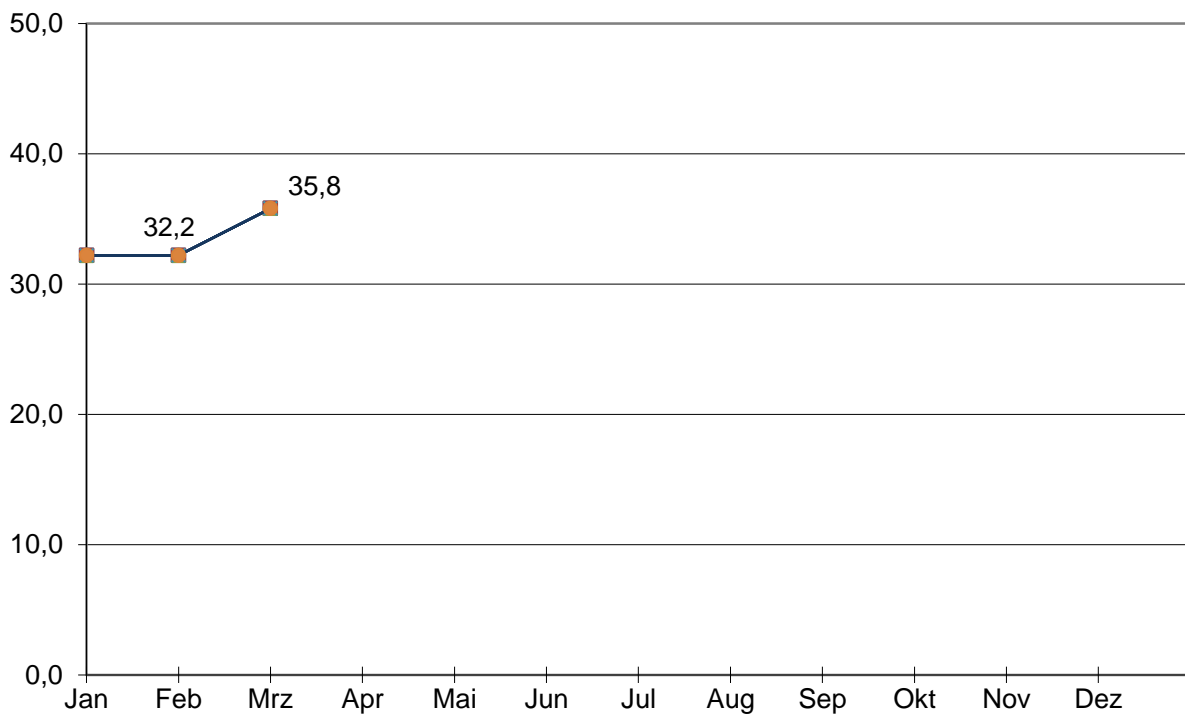


Jahresergebnisprognose der Stadt Wuppertal

Bericht zum Stand 31.03.2019

Jahresverlauf 2019 des prognostizierten Betrages

in Mio. €



Progn. Betrag laut Haushaltsplan:

+32,2 Mio. €

Progn. Betrag des Berichtes vom 31.03.2019:

+35,8 Mio. €

+3,6 Mio. €

Im Vergleich zum Haushaltsansatz gibt es im Wesentlichen folgende Verbesserungen bzw. Verschlechterungen (in Mio. €):

↗	Verbesserungen bei den Schlüsselzuweisungen vom Land; ursächlich hierfür ist die gestiegene Bemessungsgrundlage des Landes.	+5,9
↗	Verbesserung bei der Landschaftsumlage aufgrund des niedrigeren Umlagesatzes.	+1,1
↗	Erstattungen für Personalaufwendungen bei refinanzierten Stellen; die entsprechenden Personalkosten sind im nachfolgenden Punkt ausgewiesen.	+0,4
↘	<p>Verschlechterungen bei den Personalaufwendungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ gem. Erklärung der Landesregierung vom 22.03.2019 wird das Ergebnis der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder für die Landes- und kommunalen Beamten übernommen, sowie ➤ weitere refinanzierte Stellen (0,4 Mio. €) und ➤ Mehrkosten (1,0 Mio. €) aufgrund gesetzlicher Änderungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen. 	-3,8

Chancen und Risiken:

- Nachdem eine bergbauliche Ursache für das Schadensereignis in der Beyeröhde seitens der landesweit zuständigen Bergbehörde ausgeschlossen worden ist, ist nicht mehr die Bergbehörde zuständig. Die Kosten der weiteren Untersuchungen und Sicherungsmaßnahmen an den einsturzgefährdeten Gebäuden und der Straße Beyeröhde muss die Stadt vorfinanzieren, bis der „Verursacher“ identifiziert worden ist.
- Verschlechterungen durch Anpassungen der Pensionsrückstellungen (für aktive Beamte und Versorgungsempfänger) aufgrund der neuen Heubeck-Richttafeln. Hierbei handelt es sich um Sterbetafeln, die die Grundlage für die bilanzielle Bewertung der Pensionsrückstellungen bilden.
- Aus dem Bereich Zuwanderung und Integration werden Fallzahlsteigerungen gemeldet; hieraus könnten sich Risiken bei den Aufwendungen für Leistungen ergeben: für diesen Fall würden allerdings auch höhere Erstattungen des Landes erwartet.